

**Protokoll der Diskussion** über die Thesen von Jochen (17.3.15 AK Grundlagen)  
zur Frage, ob und wie in einer Demokratie Wirtschaftswachstum gestoppt werden kann.

Die Diskussion entzündete sich zunächst an dem Bild von der Schafsherde, die vom Hirten zu saftigen Weiden geführt wird. Es wurde klargestellt, dass die „Schafsherde“ nicht Dummheit verkörpere („blödes Schaf“), sondern gemünzt ist auf die große Mehrheit der Menschen, die sich nicht für Politik interessieren und engagieren, die also - im Unterschied zur Elite - auch nicht am politischen Meinungskampf teilnehmen. Der sich aus der Politik heraushaltende Bürger wird nicht herabgewürdigt. Es ist kein Vorwurf, sondern verständlich, dass weit mehr als 90 Prozent der Bevölkerung sich lieber mit anderen Interessensfeldern und Neigungen beschäftigen – Partnerschaft, Familie, Beruf, Hobbys. Sehr viele Menschen fühlen sich zeitlich und kräftemäßig voll vom Lebenskampf absorbiert. Die Bürger wollen vor allem ein bequemes, materiell abgesichertes und sicheres Leben mit funktionierender Rechtsordnung.

Mit dem Hirten ist die zahlenmäßig sehr kleine Elite gemeint (siehe These 4), die weit über die Geld- und Machtelite hinausreicht und jeden Menschen, jede Gruppe einbezieht, der/ die sich politisch interessiert und engagiert und damit den Prozess der demokratischen Meinungsbildung gestaltet.

Jemand weist darauf hin, dass durch die Kolonialisierung Asiens und Afrikas die dort früher herrschenden, an immateriellen Werten orientierten Eliten durch die völlig anderen, an materiellen Werten orientierten Eliten des Westens besiegt und verdrängt worden sind. Auch in Europa gab es immer Gruppen, die sich in ihrem Lebensstil bewusst gegen materielle Werte abgrenzten und sie sogar negierten, wie z.B. (um Extreme zu nennen) der griechische Philosoph „Diogenes in der Tonne“ (und seine Schüler) oder Mönche und Nonnen in Klöstern. Aber solche extremen Lebensstile sind nicht notwendig, um das Wachstumsproblem zu lösen.

Was die Wertschätzung und Dominanz des materiellen Lebensstils anbelangt, so zeigt ein Blick in die Geschichte, dass es immer eine Schicht von begüterten Menschen gegeben hat, die sich eine privilegierte Position gesichert und die Herrschaft über die Bevölkerung ausgeübt haben, etwa in Europa die Herrschaft von Adel und Klerus (und in den Städten die reichen Patrizier) über Jahrhunderte hinweg. Diese auf Gewalt basierende Macht wurde aus Geburt und religiöser Ideologie („Gottesgnadentum“) abgeleitet, im Falle der Patrizier aus Reichtum. Marx sprach in diesem Zusammenhang von „Klassengegensätzen“.

Ganz anders in der modernen Demokratie. Hier wird Gewalt durch Konsum ersetzt. Das Streben nach Wohlstand und die Angst, diesen zu verlieren, gibt der gesellschaftlichen Gruppierung die Macht, von der die Mehrheit der Bevölkerung meint, dass sie Wohlstand erhalten und schaffen kann. Und das ist die Wirtschaftselite, die unter den heutigen neoliberalen Bedingungen die anderen Eliten dominiert und an den Rand drängt. Dieser übermächtige Teil der Elite hat dafür gesorgt, dass der Markt von politisch gesetzten Regeln „befreit“ wurde. Sie treibt das Wirtschaftswachstum voran und setzt sich über die unerträglich hohen externen (sozialen und ökologischen) Kosten dieser verhängnisvollen Entwicklung (Vernachlässigung des Gemeinwohls) hinweg.

Zur zweiten These wird eingewendet: Der im Rahmen der letzten Winterschule aufgetretene Redner Dr. Mombanza sagte, die Afrikaner wollten ihren eigenen Weg gehen, also einem anderen Entwicklungsmodell folgen als die kapitalistische Welt. Nicht immer mehr Wohlstand sei für die Afrikaner wichtig, sondern ein Gemeinschaftsleben mit wenig Stress,

mit dem Feiern von Festen und in Naturverbundenheit. Nicht Konkurrenz und Gewinnmaximierung, sondern kooperative Arbeit und gegenseitige Unterstützung (Solidarität) seien die angestrebten Formen des gesellschaftlichen Lebens. Dadurch könnten sich Milliarden Menschen – wenn sie von den reichen Industrieländern in Ruhe gelassen werden – aus dem Wachstumswahn heraushalten.

An dieser Aussage wird Zweifel angemeldet. Es sei wohl eher der Wunsch von politisch engagierten Intellektuellen, wie die afrikanische Gesellschaft sein sollte, nicht aber die beobachtbare Realität und die tatsächlichen aufs Materielle gerichteten Sehnsüchte der Bevölkerungsmehrheiten in Afrika.

In den westlichen Ländern ist ein wichtiger Grund für den kapitalistischen Wachstumswahn das Zurückdrängen gemeinschaftlicher Lebensformen und das Vordringen des Privaten. Der öffentliche Raum verliert an Bedeutung. Die individuelle Verantwortung tritt an die Stelle der kollektiven Verantwortung. Die Privatisierung von Gemeinschaftsgütern ist kennzeichnend für diese Tendenz. Der Einzelne wird zum Einzelkämpfer, der sich nicht mehr um gesellschaftliche Einbindung und Verantwortung kümmert.

Die ungezügelte Dynamik des Marktgeschehens und das daraus resultierende Wachstum hat etwas zu tun mit dem mangelnden Interesse und mangelnden Bereitschaft der Bürger, sich politisch zu engagieren – was eine Voraussetzung dafür wäre, den schädlichen Auswirkungen der Marktfreiheit demokratische Grenzen setzen zu können.

Zur Erklärung des mangelnden politischen Interesses: Der moderne Staat reagiert auf die Individualisierung mit der Übernahme sozialer Verpflichtungen. Der Sozialstaat übernimmt Aufgaben, die früher bei der Familie lagen. Je mehr die soziale Absicherung und die dahinter stehende Solidarität der Gemeinschaft für den Einzelnen als Selbstverständlichkeit genommen wird, desto weniger nimmt der Bürger seine Abhängigkeit von der Gemeinschaft wahr und pflegt die Illusion, er sei selbst Herr seines Schicksals (Schmied seines Glücks). Er fühlt sich nur noch für sich selbst und nicht mehr für die staatliche Gemeinschaft verantwortlich – mit dem Ergebnis der Entpolitisierung. Gehört er zu den Reichen, meint er, auf soziale Absicherung (gesellschaftliche Solidarität) nicht mehr angewiesen zu sein (er kann sich ja privat versichern). Diese Schicht neigt der neoliberalen Sichtweise zu, der Staat störe und müsse zurückgestutzt werden.

Konkurrenz ist das Treibmittel des Wachstums. Konkurrenz ist aber gleichzeitig das beherrschende Bewegungsgesetz des kapitalistischen Systems, das sich so beschreiben lässt: Die wegen des Fortschritts in Wissenschaft und Technik steigende Automatisierung des Produktionsprozesses erlaubt es, die relativ teure Arbeitskraft durch Kapital (Maschinen, Automaten, Computer) zu ersetzen. Die daraus folgende „Erosion“ der Arbeitsplätze wird durch höhere Produktivität aufgefangen – also durch steigende Wettbewerbsfähigkeit. Diese Wettbewerbsfähigkeit ist wiederum die Voraussetzung dafür, dass sich die Unternehmen am Markt behaupten können. Je größer der Wettbewerb, desto höher der Zwang zur Steigerung der Produktivität und zum Wachstum, um Gewinne erwirtschaften zu können (ohne Hoffnung auf Gewinn kein Anreiz für den Unternehmer, tätig zu sein).

Allerdings muss dieses Wachstum differenziert werden. Es geht nicht nur um Massenwachstum im Sinne des BIP (Summe der Güter und Dienstleistungen in Euro), sondern um das Wachstum auf der betrieblichen Ebene. Die Wettbewerbsfähigkeit kann auch durch eine Qualitätssteigerung der Produkte erreicht werden – verbunden mit weniger Ressourcenverbrauch. Es ist also eine Entkoppelung von Massenwachstum (mit

entsprechendem Ressourcenverbrauch und Energieeinsatz) und qualitativem Wachstum möglich.

Zur Notwendigkeit von Wachstum wird mit dem Argument begründet, dass die Menschheit wächst (vor wenigen Jahrzehnten waren es noch ca. eine Milliarde, jetzt sind es schon über sechs Milliarden). Dieser Wachstumsmotor bezieht sich auf die armen Länder. Es ist empirisch bewiesen, dass in wohlhabenden Ländern die Geburtenrate stark sinkt. Kinderreichtum ist also stark vom Wohlstand abhängig (mit entsprechenden Unterschieden auch zwischen Gruppen in reichen Ländern). Um diesen „Wachstumsmotor“ abzuschalten, ist also die Überwindung von Armut weltweit und innerhalb der Gesellschaften notwendig (siehe These 2).

Zur notwendigen Änderung des Lebensstils (These 1 in Verbindung mit 5): Ein Einwand bezieht sich auf die Beobachtung, dass Menschen auch in reichen Ländern immer mehr Konsum anstreben: sich über Statussymbole wie teure Kleidung, teure Autos, tolle Wohnungen und Häuser, Privatflugzeuge... miteinander vergleichen und nie zufrieden sind. Man kann die Leute nicht dazu zwingen, weniger zu konsumieren.

Als Antwort darauf wird auf die fünfte These verwiesen, in der behauptet wird, die Elite sei unter bestimmten Voraussetzungen in der Lage, „die Bevölkerung dazu zu bringen, alle notwendigen Maßnahmen zur Begrenzung des Wachstums zu akzeptieren und mitzutragen.“ Diese steile Behauptung geht davon aus, dass die Elite die öffentliche und auch politisch wirksame Meinung über Bildungseinrichtungen und über die allgemeinen Medien (konventionelle und Internet) und über die internen Medien (zum Beispiel Mitgliederzeitung, newsletter) beherrscht. Anders sind viele Trends und Durchbrüche aus der Vergangenheit nicht zu erklären, z.B. das Rauchverbot, die Energiewende, die Umweltpolitik und viele andere Entscheidungen, die sich allmählich in der Meinungsbildung durchgesetzt haben.

Vom Konsum hängen Arbeitsplätze ab. Würden wir nicht weniger Konsum mit mehr Arbeitslosigkeit erkaufen müssen? Gegenargument: Der in den Thesen propagierte neue Lebensstil will nicht weniger Konsum, sondern einen anderen. Es geht um eine Veränderung solcher Formen des Konsums, die klimaschädliche Auswirkungen haben und nicht regenerierbare Ressourcen im Übermaß verbrauchen. Die Wirtschaft wird auf diese veränderte Nachfrage reagieren. Das kann sogar zu mehr Arbeitsplätzen führen (mehr Dienstleistungen, Beratungen, Kommunikation...).

Es wurde darüber diskutiert, ob die politische Meinung „von oben“ oder „von unten“ gesteuert wird. Viele Auffassungen, die heute politisch allgemein akzeptiert sind (wie z.B. Umweltschutz, Energiewende) und heute „oben“ in der Politik eine große Rolle spielen, kamen „von unten“, etwa durch die zunächst politisch einflusslosen Grünen und durch Umwelt- und Antiatomgruppen.

Dazu wurde argumentiert: diese Gruppen gehören nach der in den vorliegenden Thesen vertretenen Definition zur Elite, weil sie zu den politisch aktiven Teilen der Bevölkerung zählen. Die zunächst von kleinen Gruppen der Elite vertretenen Auffassungen werden von den Medien aufgegriffen und in die allgemeine Debatte über die Zukunft der Gesellschaft eingeführt. Es entsteht ein Meinungskampf zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Elite. Welche Gruppen sich durchsetzen und welche nicht, hängt von vielen Faktoren ab. Ein Faktor ist mit Sicherheit, wie gut die Argumente sind und wie stark sie sowohl am Gemeinwohl orientiert sind als auch bestehende starke gesellschaftliche Interessen

berücksichtigen. So etwa berücksichtigt die Debatte über Nachhaltigkeit nicht nur ökologische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte.

Dagegen wurde der Einwand erhoben, die entscheidende Frage sei nicht, welcher Teil der Elite den Meinungskampf gewinne, sondern: wie kann man die Gesamtheit der Bevölkerung dazu bringen, ein Ziel (etwa die Abkehr vom Wachstumspfad) zu erreichen. Beispiel Griechenland: jeder ist politisch interessiert, weil er in der gegenwärtigen Lage in seinem Leben unmittelbar und dramatisch von politischen Entscheidungen berührt ist. Es müsse also die gesamte Bevölkerung davon überzeugt werden, wie problematisch Wachstum sei.

Dem wurde entgegnet: die Hoffnung ist aussichtslos, dass in „ruhigen Zeiten“ politisch desinteressierte Bürger in politisch interessierte Bürger gewandelt werden können. Nur in Krisenzeiten lassen sie sich politisieren: Denn die Bereitschaft der „Schafe“, sich vom „Hirten“ führen zu lassen, findet ihr Ende, wenn der Hirte sie nicht mehr zu den saftigen Weiden führen kann. Mit anderen Worten: Wenn die elementaren Bedürfnisse der Menschen nach materieller Sicherheit (Schutz vor Not) und nach Ordnung (Schutz vor Chaos und Gewalt) nicht mehr von der Elite erfüllt werden können, rebelliert die Bevölkerung. Enttäuscht von der alten Elite will sie nun selbst die Politik bestimmen. In solchen Krisenzeiten lässt sich die Bevölkerung leicht politisieren, ohne politisch kompetent zu sein. Krisenzeiten sind dadurch gekennzeichnet, dass die Emotionen hoch gehen und ein sachliches Argumentieren und Abwägen keine Chance mehr hat. Es ist stark zu bezweifeln, dass sich Vernunft durchsetzt.

Die aufgeregten, verängstigten Menschen folgen dann den Phrasen von „Führern“ (Demagogen) und lassen sich Feindbilder einreden. Die „Basis“ will die Macht („Wir sind das Volk“) und sucht sich Führergestalten. In der Krise ist die Demokratie gefährdet – und damit auch die Chance, aus dem Wachstumszwang auszusteigen.

In Griechenland haben die bisherigen (korrupten) Eliten offensichtlich versagt. Wie es in Griechenland weitergeht, müssen wir abwarten. Noch kann gehofft werden, dass sich die neue linke Regierung (einschließlich ihres nationalistischen Koalitionspartners) letztlich von Vernunft leiten lässt. Scheitert sie, muss mit dem Vormarsch rechtsradikaler Kräfte gerechnet werden.